

Ökolumne

von Ulrich Brehme

Wirtschaftskrisen im Euroraum

Man muss zwei Finanzkrisen auseinander halten, die im Moment im Eurogebiet zusammenwirken.

In der Folge der Immobilien-Spekulationsblase 2003 in den USA kamen viele Großbanken ins taumeln. Die Märkte wurden immer weiter mit niedrigen Zinsen in Fahrt gebracht, statt den Brand über höhere Zinssätze der amerikanischen Notenbank zu löschen.

Viele Großbanken aus Deutschland haben sich über Tochtergesellschaften an der Spekulation beteiligt und dabei große Werte vernichtet. Unfassbar ist bis heute: daran waren auch viele staatliche Banken aus Deutschland beteiligt. Auch Spanien kämpft noch immer mit den Folgen einer Immobilienkrise.

Systemrelevante Großbanken sollten in Einzelbanken aufgeteilt werden, um der Politik im Krisenfall echte Handlungsspielräume zu ermöglichen. Das Haftungsprinzip muss auf den Finanzmärkten wieder voll greifen. Dafür könnte auch das Gesellschaftsrecht für Anleger bei Kapitalgesellschaften geändert werden

Eine andere Finanzkrise im Euroraum ist die hohe Staatsverschuldung in Griechenland. Schon beim Beitritt zum Euro fälschte Griechenland seine Statistiken, um die Beitrittskriterien für den Euro zu erfüllen. Hinzu kommt eine subventionierte Misswirtschaft, die ihre Ursachen in einer massiven Korruption, einem nicht funktionierenden Steuersystem sowie in einer sehr niedrigen Produktivität haben. Ein großer Schuldenschnitt bei den griechischen Schulden auf die Hälfte ist nun wahrscheinlich. Erst nach einem Schuldenschnitt sollten einem insolventen Staat neue Kredite gegeben werden. Dabei muss auch Kapital von privaten Gläubigern verfügbar sein. Deshalb darf es keine Vorrangigkeit für den Schuldendienst über Rettungsschirme geben. Sonst würden auch die langfristigen Anleihezinsen von privaten Kreditgebern ansteigen und die Kreditkrise verschärft sich weiter.

Aber alle Hilfsmassnahmen ändern nichts an dem Grundproblem der nicht konkurrenzfähigen Wirtschaft von Griechenland. Um die großen Produktivitätsunterschiede in der Euro-Zone auszugleichen, sollten gerade in den südlichen Euro-Ländern Investitionen getätigt werden, die die Produktivität dort fördern. Insbesondere im Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energien mit solarthermischen Kraftwerken. Diese Investitionen erhöhen die Produktivität und bleiben auch nach einem möglichen Schuldenschnitt erhalten. Investitionen in den Umweltschutz sind krisensicher.

Es stört viele Bürger, dass wichtige Entscheidungen von Institutionen wie dem IWF getroffen werden, die nicht demokratisch legitimiert sind. Nötig ist eine Ordnungspolitik, die von EU-Institutionen umgesetzt wird. Die EZB reicht dafür nicht aus. Diese neue Behörde muss im Euro-Raum die Staatsverschuldung begrenzen, sich für den Ausgleich in der Entwicklung der Produktivität, des Lohn- und Preisniveaus im Eurogebiet einsetzen, die Marktmacht von systemrelevanten Großbanken durch Zerschlagung in Einzelbanken zurückdrängen und das Haftungsprinzip auf den Finanzmärkten konsequent durchsetzen.